

# iFijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 290

30. Juli 2003

9. Jahrgang

## Die Stille ist oft stärker als jedes Wort

Mit einer ungewöhnlichen Pilgerreise erinnerten Padre Rigoberto Pérez und Mitglieder seiner Kirchengemeinde Ende Februar an den Brandanschlag auf das Pfarrhaus in Nebaj (siehe ¡Fijáte! 280 und 258). Anfang Juni war Padre Rigoberto in der Schweiz und wir hatten Gelegenheit, mit ihm über diese und andere Formen von Protest zu sprechen.

*Frage:* Vor einigen Wochen haben Sie und Angehörige ihrer Kirchengemeinde eine Pilgerreise von Nebaj nach Antigua Guatemala gemacht. Weshalb diese Reise?

*Rigoberto Pérez:* Anlass für diesen *Marsch für Frieden und Versöhnung* war der erste Jahrestag (21. Februar 2002) des Brandes des Pfarrhauses von Santa María Nebaj. Wir begannen diesen Gedenk Anlass mit einer Messe morgens um halb vier Uhr. Die Kirche war voll. Zu neunt sind wir dann losmarschiert, Leute aus verschiedenen Gemeinden von Nebaj, alles Ixiles. Wir brauchten sechs Tage, um die ca. 250 Kilometer von Nebaj nach Antigua Guatemala zurückzulegen. Ziel der Reise war, denjenigen zu verzeihen, die das Pfarrhaus in Nebaj angezündet hatten. Gleichzeitig wollten wir uns für die nationale und internationale Solidarität bedanken, die wir bekommen haben. Wir alle – auch ich persönlich – haben uns entschieden, zu verzeihen, ohne gleichzeitig unserem Gerechtigkeits Sinn abzuschwören. Wir fordern nach wie vor eine Aufklärung des Verbrechens und haben eine entsprechende Anzeige bei der guatemaltekischen Justiz eingereicht. Obwohl ich nicht daran glaube, dass die materiell und intellektuell Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, dafür herrscht zuviel Straflosigkeit in Guatemala!

Unser Marsch war ein kleines und stilles Ereignis inmitten politischer Wirren: Es war die Zeit der landesweiten LehrerInnenstreiks. Das war einerseits schön, denn alle sozialen Bewegungen waren auf der Strasse, war aber gleichzeitig auch gefährlich, weil die politische Stimmung sehr polarisiert war.

*Frage:* Wie wurden Sie von der Bevölkerung in den Dörfern, wo Sie durchgekommen sind, empfangen?

*R.P.:* Wir sind schweigend durch die Dörfer marschiert und haben ein Transparent mitgetragen, auf dem stand, wer wir sind und was wir machen. Es gab Orte, wo uns die Leute kein Essen verkaufen wollten, weil sie Angst hatten, und weil ihre Erinnerung an die Zeit der Repression noch zu frisch ist. In Chichicastenango wollte mich ein Mann angreifen, doch die Gruppe hat mich geschützt. Scheinbar war dieser Mann ein Mitglied der Zivilpatrouillen und hat mich mit einem Anführer des LehrerInnenprotestes verwechselt. Obwohl mich das erstaunt, denn wir hatten unser Kommen über ein lokales Kabelfernsehen und über Radio angekündigt, und die Leute waren informiert.

*Frage:* Was haben Sie mit dem Marsch erreicht?

*R.P.:* In erster Linie haben wir uns selber bestätigt, dass das, was wir machen, richtig ist. Der Brand des Pfarrhauses war mehr als eine Drohung, es war ein Attentat mit dem Ziel, mich zu töten. Natürlich war die Bevölkerung sehr eingeschüchert. Vor

allem diejenigen, die die 80er Jahre erlebt hatten, fühlten sich an die Praktiken der "verbrannten Erde" zurückerinnert. Wir wollten unser Versprechen bestätigen, für einen wirklichen und würdevollen Frieden einzustehen. Gegenüber der Bevölkerung wollten wir zeigen, dass wir mit unserer Arbeit weiter machen und sie auf ihrer Suche nach Gerechtigkeit begleiten.

*Frage:* Das bezieht sich auf die lokale Ebene, was aber haben Sie auf nationaler oder internationaler Ebene erreicht?

*R.P.:* Auf lokaler Ebene war es eine schöne und wichtige Erfahrung. Auf nationaler Ebene ist unsere Aktion wegen der LehrerInnenstreiks etwas untergegangen. Trotzdem machte der Marsch für uns Sinn, denn ich glaube, gerade in so hektischen Zeiten braucht es stille Formen des Protestes. Die Stille ist oft stärker als jedes Wort.

*Frage:* Welche anderen gewaltfreien Ausdrucksformen kennt und nutzt die guatemaltekische Bevölkerung, um ihren Protest auszudrücken?

*R.P.:* Im Moment sind gewaltfreie Demonstrationen fast die einzige Ausdrucksform der zivilen Bewegungen. Niemand will in die gewalttätige Vergangenheit zurück, und alle geben sich extrem Mühe, diesen kleinen Spielraum, den uns die Friedensabkommen geöffnet haben, zu bewahren.

Auch das Wissen und trotzdem Schweigen, das bewusste Vermeiden von Konfrontation ist eine Form gewaltfreien Protestes. Sicher bleibt viel Schmerz im Verborgenen, doch die Leute sind sich bewusst, wo die Macht sitzt und sind sehr vorsichtig und bedächtig im Provozieren dieser Macht.

*Frage:* Unterschiedliche Formen des gewaltfreien und gewalttätigen Protestes haben in letzter Zeit die Ex-PAC angewendet und damit die "Macht" provoziert – ohne dass diese übrigens mit Gewalt reagiert hätte! Wie muss man sich heute das Zusammenleben in den Gemeinden vorstellen, in denen sowohl Täter wie Opfer und Hinterbliebene von Opfern wohnen?

*R.P.:* Die PAC folgen einer komplizierten, paramilitärischen Struktur. Mit den PAC wurde die Zivilbevölkerung in den schmutzigen Krieg involviert. Es wäre aber falsch zu sagen, die PAC seien die Täter, denn sie bildeten den Schluss einer Hierarchie, an deren Spitze der Staat und das Militär standen. Die wirklich Verantwortlichen müssen also auf dieser Stufe gesucht werden, obwohl es auch unter den PAC

Leute gab, die ihren Dienst freiwillig leisteten und ihre Macht genossen und missbrauchten. Für mich ist das Wiedererstarken der PAC ein politischer Schachzug der FRG, die ihre Macht demonstrieren will. Wie stark sich unterdessen eine Eigendynamik entwickelt hat, ist mir nicht ganz klar. Auf alle Fälle ist diese Verquickung der Grund dafür, dass die Regierung nicht mit Gewalt auf die Proteste der PAC reagiert hat.

Das Zusammenleben der ehemaligen und aktuellen PAC mit dem Rest der Bevölkerung ist künstlich. Alle wissen, wer wer ist, und wer welche Geschichte hat. Es ist ein erzwungenes Zusammenleben, zu dem es keine Alternative gibt. Wo sollen die Leute auch hingehen? Dieses Zusammenleben ist nur möglich, weil die Opfer verzeihen konnten, was eindrucksvoll und aussergewöhnlich ist.

*Frage:* Wie geht die Kirche mit dem Thema Versöhnung um?

*R.P.:* Die Versöhnung ist seit 1996 das Hauptthema in unserer pastoralen Arbeit. Das Projekt REMHI hat geholfen, eine alternative Vision des Friedens und der Versöhnung umzusetzen. Monseñor Gerardi und alle, die wir beim REMHI mitgearbeitet haben, haben gesehen, dass die Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses und Suche nach Wahrheit unabdingbar sind, um einen wirklichen Frieden zu erreichen. Wir dachten, dass die Verantwortlichen erschüttert sein würden, wenn sie sich bewusst werden, was sie angerichtet haben. Leider war dies nicht so, sie wurden noch härter. Genau daran scheitert der Friede in Guatemala!

Versöhnung darf nicht dazu dienen, die Leute zum Schweigen zu bringen und die begangenen Verbrechen zu verschweigen. Deshalb beschreiten wir den Weg der Wahrheit. Wahrheit bedeutet: Nichts Verschweigen, nicht "Schwamm drüber" und Neuanfang, nicht Vergessen. Es ist nicht dieser ironische Friede, die ironische Versöhnung, von denen die Vereinigten Staaten sprechen, nach allem, was sie im Irak angerichtet haben.

Eine Versöhnung, die auf der Wahrheit basiert, erlaubt das Verzeihen, die Konversion, aber auch die Verfolgung der Gerechtigkeit als Fundament des Friedens.

Versöhnung ist die einzige Form für ein weiteres Zusammenleben in den Gemeinden, doch leider hat sie noch nicht überall stattgefunden. Vielleicht ist die Versöhnung im Kleinen, auf Gemeindeebene einfacher, weil die Leute wissen oder nachvollziehen können, was geschehen ist. Vielleicht hilft es ihnen auch, die wirkliche Verantwortung an andere, höhere und entferntere Ebenen delegieren zu können.

*Frage:* Wie wird in den Gemeinden, in denen Sie arbeiten, das nationale politische Panorama wahrgenommen, wie reagiert man darauf?

*R.P.:* Die Leute sind frustriert und deprimiert über die politische Situation. Die Zeit des relativen Friedens war viel zu kurz. Für mich begann der Friede im Dezember 1996 mit der Unterzeichnung der Abkommen und war im April 1998 mit der Ermordung von Bischof Gerardi zu Ende. Es gibt keine Worte, um zu beschreiben, was die guatemalteckische Gesellschaft gegenüber der aktuellen Regierung fühlt, die bei ihrer Machtübernahme öffentlich verkündete, die Friedensabkommen als Staatsabkommen anzuerkennen. Präsident Portillo übernahm in seinem Diskurs sämtliche Empfehlungen des REMHI und der CEH. Wir glaubten, eine neue Morgenröte würde in Guatemala beginnen, und es war frustrierend zu merken, dass dies nicht so ist. Die Auswüchse der Korruption sind unglaublich. Man hätte sich früher fragen sollen, wovon die Leute, die früher vom Krieg, von den Erpressungen und Entführungen profitiert haben, später leben werden...

*Frage:* Welche Protestformen würden Sie der guatemalteckischen Bevölkerung empfehlen, um sich gegen die aktuelle Korruption und Militarisierung auszusprechen?

*R.P.:* Es ist schwierig zu sagen, ob die Probleme in Guatemala durch Protestaktionen gelöst werden können. Ich glaube, man muss neue, kreative Formen des Handelns finden, um die notwendige Aufmerksamkeit zu bekommen. Es gibt verschiedene Formen des Engagements, und ich bewundere den titanischen Kampf der sozialen und Menschenrechtssektoren, die alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen. Die Verbindungen und Verknüpfungen der sozialen Organisationen müssen verstärkt und ausgedehnt werden, und alles, was seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen gewachsen ist, muss sich potenzieren. Guatemala durchläuft eine düstere Phase. Die Wahlen stehen an, und es sieht nicht wirklich nach Veränderung aus. Im Moment geht es darum, diese düstere Zeit durchzustehen und darauf zu warten, dass irgendwo das Licht durchbricht. Derweil ist es wichtig, begonnene Engagements weiterzuführen, aufmerksam zu sein, sich nicht einschüchtern lassen. Beispiele wie das von Helen Mack machen Mut. Man muss sich weiterhin dem Frieden verpflichten.

*Frage:* Wie wird die Bevölkerung im Quiché im November wählen?

*R.P.:* Keine Ahnung! Das ist abhängig davon, was in den nächsten Monaten noch alles geschieht. Ich glaube, die Leute sind gescheit genug, sich nicht durch Geschenke und leere Versprechen manipulieren zu lassen. Das einzige Problem ist, dass es keine wirkliche Alternative gibt, für die zu wählen sich lohnt. So werden sie sich für das kleinste Übel un-

ter der zur Auswahl stehenden Parteien entscheiden.

*Frage:* Von wegen "gescheit genug" – bei den letzten Wahlen konnte man feststellen, dass die vom Krieg am schlimmsten getroffenen Gemeinden die FRG von Ríos Montt gewählt haben!

*R.P.:* Ja, aber seither hat sich einiges verändert. Das Erstarken der PAC zeigt, wo diese Stimmen angesiedelt waren, und dass es nicht die Opfer waren, die die FRG gewählt haben. Der General hat seine alten Beziehungen ausgespielt, um Stimmen auf dem Land zu gewinnen. Zu dieser Zeit haben ihm die Leute den alten Spruch "Ich lüge nicht, ich stehle nicht" noch abgenommen, aber heute glaubt ihm das niemand mehr.

*Frage:* Seitens der Bevölkerung gibt es aber keinen grossen Protest gegen seine Kandidatur als Präsident. Widerstand dagegen spielt sich nur auf der legalen Ebene ab.

*R.P.:* Stimmt, es gibt keinen grossen Protest. Das hat aber nicht damit zu tun, dass die Leute nicht gegen seine Kandidatur wären, sondern damit, dass niemand in der Lage ist, einen solchen Protest zu mobilisieren. Es gibt keine Persönlichkeit, die einen solchen Protest ins Leben ruft und die Leute hinter sich bringen könnte. Das ist das grosse Problem in Guatemala. Und die wenigen Leute, die das gekonnt hätten, haben ihre sämtlichen Ideale verloren und sind von der Regierung vereinnahmt worden.

*Besten Dank für das Gespräch!*

## ¡Fijáte!

Herausgegeben von:  
Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

## ... a paso de tortuga...

**Guatemala, 16. Juli.** Mit der Ernennung einer entsprechenden Kommission ist die Regierung der Umsetzung ihres Versprechens, nicht nur die ehemaligen Zivilpatrouillen (Ex-PAC), sondern auch die Opfer des bewaffneten Konflikts zu entschädigen, einen Schritt näher gekommen. Die Forderungen der von Massaker und Zerstörung betroffenen Zivilbevölkerung bestehen zwar schon viel länger als die der PAC und sind auch in den Friedensabkommen verankert, doch hat sich bisher nicht viel getan. Wohl nicht aus Zufall widmet sich die Regierung der FRG erst am Ende ihrer Amtszeit diesem Thema, kann sie doch die Verantwortung für die Umsetzung des Entschädigungsprogramms an die nächste Regierung abgeben und gewinnt im besten Fall die Stimmen einiger dankbarer (oder unter Druck gesetzter) Begünstigter.

Die Vereidigung der Kommission fand im Nationaltheater Miguel Angel

Asturias statt. Anwesend waren unter anderem Hunderte von Entschädigungsberechtigten, vor allem aus der Ixil-Region und aus den Verapaces. Sie trugen Kerzen und rote Nelken als Zeichen der Trauer bei sich und Transparente, auf denen sie gegen die Kandidatur von Ríos Montt protestierten, den sie als Hauptverantwortlichen für die Massaker an ihren Angehörigen bezeichnen.

Die Kommission ist zusammengesetzt aus je fünf VertreterInnen der Regierung und der Zivilgesellschaft. Zu den VertreterInnen der Zivilgesellschaft gehören Aura Elena Farfán von FAMDEGUA (*Familienangehörige von Verschwundenen in Guatemala*), Fermína López von der Witwenorganisation CONAVIGUA und Orlando Blanco der Nationalen Menschenrechts-Kommission CONADEHGU. Präsiert wird die Kommission von Francisco Calí, langjährigem Mitarbeiter des Menschen-

rechtszentrums CALDH. Die Ernennung von Calí zum Vorsitzenden der Kommission hat unter den Menschenrechtsorganisationen und den Kriegsoffern einigen Unwillen ausgelöst, war doch vorher mit der Regierung abgemacht worden, dass Ramón Cadena (URNG) den Vorsitz übernehmen werde.

Die Kommission verfügt über einen jährlichen Etat von 300 Mio. Quetzales (ca. 37 Mio. US-\$). Die Entschädigungen können individuell oder kollektiv beantragt werden und werden in Form von Projekten oder als Renten für Witwen oder Waisen ausbezahlt. Laut Calí besteht der erste Schritt darin, alle Personen und Familien zu erfassen, die ein Anrecht auf Entschädigung haben.

Nach all der Zeit des Wartens auf Gerechtigkeit sind die Opfer aber dennoch skeptisch und geben der neuen Kommission erst einmal 60 Tage Zeit, um erste Resultate und Fortschritte zu präsentieren.

## Auf in die VI. Runde!

**Guatemala, 21. Juni.** Nach gut zwei Monaten räumt Präsident Portillo eine potentielle Flexibilisierung der guatemaltekischen Haltung in Bezug auf das in der IV. Verhandlungsrunde des TLC - bzw. CAFTA auf Englisch (Freihandelsabkommen zwischen Zentralamerika - Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica - und den USA) gemachte Angebot ein. Im Auftrag des guatemaltekischen Wirtschaftskabinetts hatte Verhandlungschef Salomón Cohen Nordamerika eine Zollbefreiung von 79% der Produkte des zur „sofortigen Befreiung“ bestimmten Warenkorbes „A“ in Aussicht gestellt. Regional waren vorher 60% vereinbart. Der Alleingang Guatemalas rief entsprechend Empörung, Rückzugsforderungen und gar Ausschlussdrohungen aus den Verhandlungen von Seiten der mitinvolvierten Nachbarländer und auch des privaten sowie Unternehmenssektors des eigenen Landes hervor. Während die KritikerInnen hinter der Anbiederung die Absicht Guatemalas vermuteten, im Zusammenhang mit dem Drogenkampf die ersehnte Re-zertifizierung durch die USA zu erlangen, ohne auf die Folgen für die Region Rücksicht zu nehmen, nutzten die nordamerikanischen HändlerInnen das Angebot als Druckmittel und wünschenswertes Beispiel. Mit ihrem eigenen starren Angebot bei der V. Verhandlungsrunde - 90% „sofortiger Zugang zum Industrie-sektor“ und 60% zum Agrarsektor - kamen sie den Erwartungen der Mittelame-

rikanerInnen jedoch in keinsten Weise entgegen. Auch konnte man sich bei diesem Treffen hinsichtlich des Warenkorbes „D“ nicht einigen. Dieser beinhaltet die „sensiblen“, extra auszuhandelnden Produkte. Für Zentralamerika gehören dazu u.a. Hühnchen, Milchprodukte, Mais, Reis und Textilprodukte.

Die Themen „Intellektuelles Eigentum“ sowie „Arbeit und Umwelt“ befinden sich auch noch in Diskussion: Für die USA ist ersteres fundamental und in jedweder Weise zu schützen. Dagegen sucht Zentralamerika ein Gleichgewicht gegenüber dem Nutzen - man denke an das Thema Gesundheit und die Bedeutung (und den Preis!) von Generika. Gleichzeitig lehnen sie die von den USA vorgeschlagenen Sanktionen von bis zu US-\$ 15 Mio. für Umweltvergehen ab.

Inzwischen haben in Guatemala auf Initiative von allen anderen als dem Staat, Informationsforen stattgefunden, um die Bevölkerung über die grundsätzlich hinter verschlossenen Türen entwickelten Zukunftspläne für die Region zu unterrichten. So hatte das Zentralamerikanische Institut für politische Studien (INCEP) eingeladen, die HauptverhandlungsführerInnen und ihr Tun persönlich unter Augenschein zu nehmen, während in San Marcos unter Schirmherrschaft des Bischöflichen Menschenrechtsprogramms ein binationales Treffen von guatemaltekischen und mexikanischen TeilnehmerInnen stattfand, bei dem die Bedeutung und Folgen zum ei-

nen des TLC, zum anderen des *Plan Puebla Panamá* (PPP, betrifft die Region zwischen der süd-mexikanischen Stadt Puebla und Panama) kritisch beleuchtet wurden. Konkretes Beispiel für nur eine der zu erwartenden Katastrophen ist die Tatsache der sich mehrenden Anzeichen für den im Rahmen des PPP vorangetriebenen Plan des Baus eines Wasserkraftwerkes im Fluss Usumacinta, der durch beide Länder fließt. An dessen Ufern finden sich zum einen eine reiche Biodiversität, zum anderen eindrucksvolle archäologische Stätten, die durch die Realisierung dieses Megaprojekts unweigerlich überflutet werden.

Als ein weiteres „Megaprojekt“ ist wohl die Empfehlung von Daniel Fisk, US-Staatssekretär für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, an die an den TLC-Verhandlungen Beteiligten zu bezeichnen, nicht nur einen „Nicht-Aggressions-Pakt“ untereinander zu schließen, sondern eine tief greifende Reform der nationalen Armeen vorzunehmen, um geschlossen der Terrorismus-Bedrohung und dem Internationalen Verbrechen begegnen zu können. Die Präsidenten von Honduras und El Salvador legten entsprechend den Vorschlag einer regionalen Armee vor, um die jeweiligen nationalen Ausgaben zu reduzieren und doch sicherlich von den USA oder gar der EU Unterstützung zu bekommen.

Das nächste TLC-Treffen findet Ende Juli in New Orleans, USA, statt.

## Hat er oder hat er nicht... Konten in Panama?

**Guatemala, 24. Juli.** Eine Sonderkommission der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft kam nach einer acht-tägigen Untersuchung zum Schluss, dass die Verfahren gegen Präsident Portillo und Vizepräsident Juan Francisco Reyes López wegen angeblicher Konten und Beteiligung an *off-shore*-Unternehmen in Panama, eingestellt werden könnten, da dies alles nicht wahr sei (siehe ¡Fijáte! 255 und 284). Dies beweise auch ein Bericht der höchsten Bankkommission von Panama, der in Kürze dem guatemaltekischen Obersten Gerichtshof (CSJ) überreicht werde, erklärte Apolo Mazariegos von der Staatsanwaltschaft. Diese Äusserung machte er in Abwesenheit seiner Vorgesetzten, der Sonderstaatsanwältin für Korruption, Tatjana Morales. Diese erklärte sich nicht einverstanden mit dem Ergebnis der Kommission und reichte ihre Kündigung ein. Zudem meldete sie, dass sie Todesdrohungen bekäme. Zum Rücktritt gezwungen sah sich im April 2003 bereits ihre Vorgängerin Karen Fischer, die von Generalstaatsanwalt de León Argueta unter Druck gesetzt wurde, die Untersuchungen gegen Präsident Portillo einzustellen. Der Rücktritt von Morales wurde von den guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen bedauert, war sie doch als eine ehrliche und effizient arbeitende Anwältin bekannt.

Gleichzeitig erschien nun in der guatemaltekischen Presse die Meldung,

dass die Herren Portillo und Girón (sein Privatsekretär) ein am 17. Januar 2001 eröffnetes Nummernkonto bei einer panamenischen Bank besitzen. Diese Meldung wurde vom panamenischen Generalprokurat bestätigt. Im Gegensatz zu ihren guatemaltekischen BerufsgenossInnen, wollen die RichterInnen des CSJ in Panamá die Untersuchung weiterführen. Und zwar nicht nur gegen Portillo, sondern auch gegen weitere guatemaltekische Regierungsfunktionäre. Am 18. Juli krebste dann auch die guatemaltekische Generalstaatsanwaltschaft zurück und gab bekannt, dass man selbstverständlich die Untersuchungen im Fall Panama weiterführen werde. "Wir decken niemanden" versicherte de León Argueta und erklärte, die Sonderkommission sei mit ihrem Entscheid viel zu früh an die Öffentlichkeit getreten. Es wäre an Tatjana Morales gelegen, in dieser Angelegenheit das letzte Wort zu haben. "Doch wenn sie gehen will, soll sie gehen", kommentierte er Morales' Rücktritt. Als ihre Nachfolgerin ernannte er Lily Chinchilla.

Portillo seinerseits will "nie mehr ein Wort über die *Conexión Panamá*" hören. Es sei alles eine Zeitungssente von *Siglo XXI*, sagte Portillo und versicherte weiter, er sei im Besitz eines Briefes der panamenischen Präsidentin Mireya Moscoso, in dem sie ihm persönlich versichere, dass er keine Konten in ihrem Land besitze.

## José Alberto Cadoza

**Guatemala, 13. Juli.** Am Samstag, den 12. Juli 2003 verstarb José Alberto Cadoza, besser bekannt unter dem Namen Mario Sánchez. Wie die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) in ihrem Nachruf schreibt, war er ein Patriot, der sein ganzes Leben dem Kampf um soziale Gerechtigkeit widmete und daran glaubte, dass in Guatemala die reale, partizipative und einschliessende Demokratie zu erreichen ist. Cadozas Frau und die gemeinsame Tochter gelten seit Januar 1984 als verschwunden. Sie waren wegen familiärer Angelegenheiten aus ihrem Exil in Mexiko nach Guatemala gekommen. Das Militär hatte dies aufgedeckt und sich der beiden Frauen "angenommen". Cadoza leitete in jener Zeit eine Fraktion der *ArbeiterInnenpartei Guatemalas* (PTG). In den Jahren 1951 bis '54, Regierungszeit von Jacobo Árbenz, der 1954 gestürzt wurde, war er Kongressabgeordneter, Generalsekretär der *Gewerkschaft für Graphische Künste*, Vizegeneralsekretär der CGTG (*ArbeiterInnenzentrale Guatemalas*) und Mitglied des Zentralkomitees der PGT (1949 - '78). 1982 trennte er sich von der PGT wegen ideologischer Differenzen und bildete gemeinsam mit einigen KommunistInnen eine Dissidentengruppe mit dem Namen *Kern der Nationalen Direktion der Wahren PGT*. Zudem gehört er zu den Gründern der URNG (*Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas*) 1982.

## Verbesserungsvorschläge

**Guatemala, 24. Juli.** Vertreterinnen von zwölf Parteien, die sich im *Überparteilichen Netz der Frauen* zusammengetan haben, legten jetzt ihren Beitrag zur politischen Wahlsituation vor. Der innerhalb einer nationalen Agenda während zwei Jahren erarbeitete Katalog beinhaltet konkrete Forderungen: Interne Reformen in den jeweiligen politischen Organisationen, die eine Frauenquote von 30% für öffentliche Ämter festlegen, zu denen auch Leitungsposten von nationalen Institutionen wie dem Nationalen Exekutiv-Komitee (CEN) und diversen Staatssekretariaten gezählt werden, eine Stärkung des *Präsidialen Sekretariats der Frau* (SEPREM), so dass dieses in zwei Jahren den Rang eines Ministeriums einnimmt und die Unterstützung durch das *Permanente Forum der politischen Parteien*, das aus den GeneralsekretärInnen der politischen Organisationen gebildet wird. Noch im laufenden Wahlprozess müsse erreicht werden, dass sich die weibliche Präsenz auf allen politischen Ebenen deutlich erweitert. Derzeit haben Frauen

7% der 113 Kongresssitze, 1% der Bürgermeistereien und 4% der 3'300 Gemeindeverwaltungsposten inne.

Während der UnternehmerInnenverband CACIF und die Organisation der Amerikanischen Staaten (OEA) unter dem Ex-Präsidenten Perus, Valentín Paniagua, ihren Einsatz bei der Beobachtung des Wahlprozesses bestätigten, unterschrieb genanntes *Forum der politischen Parteien* auf Initiative des Menschenrechtsprokurats (PDH), der Internationalen Gemeinschaft und des Obersten Wahlgerichts (TSE) den „Pakt für Ethik und gegen Gewalt im Wahlprozess“. Zwar stellt dieser keine Garantie dar, jedoch verpflichten sich die Beteiligten immerhin zur Bewahrung folgender Werte: keine Gewalt, Respekt, verantwortungsvolle Debatten, Nicht-Gebrauch von Staatsgeldern, Förderung der Stimmabgabe und Rechtsgelitetes Handeln. Der siebte Punkt wurde nach heisser Debatte wieder gestrichen: die Transparenz der Finanzierung der Kampagne. Angeblich will manch SpenderInnen den eigenen Namen nicht veröffentlicht

wissen. So sind nun allen schwarzen Geldern Tür und Tor geöffnet.

Die vom *Forum* gewählte Kommission zur entsprechenden Wahlprozessbegleitung ist zusammengesetzt aus je einer Vertretung der Parteien URNG, FRG und DIA sowie der Internationalen Gemeinschaft und Presseinstitutionen.

Das *Forum* beantragte ausserdem den Erhalt der Informationen über die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Bezug auf die sich in den letzten Wochen häufenden Bedrohungen und Morde an AktivistInnen und KandidatInnen der Parteien UNE, PAN und ANN.

Derweil lehnte der Kongress die Etataufstockung des PDH um 12 Mio. Quetzales ab. Das Menschenrechtsprokurat hatte diese beantragt, um seinerseits eine verantwortungsvolle Begleitung des Wahlprozesses gewährleisten zu können. Die Notwendigkeit von 10'000 BeobachterInnen liesse sich jedoch nicht mit dem Jahresetat von 30 Mio. Quetzales decken, und die bereits 500 Engagierten könnten die Aufgabe nicht bewältigen.

## Darf er oder darf er nicht?

### Das Urteil

**Guatemala, 25. Juli.** Noch vor kurzem witzelte eine guatemaltekeische Tageszeitung: „Der General hat niemand, der ihn einschreibt“, in Anlehnung an Gabriel García Márquez' Buch: „Der Oberst hat niemand, der ihm schreibt“. Angespielt wurde damit auf das seit Wochen dauernde Hin und Her über die Frage, ob General Ríos Montt an den Wahlen vom 9. November als Präsidentschaftskandidat teilnehmen darf oder nicht. Mit vier gegen drei Stimmen schlug sich am 14. Juli das guatemaltekeische Verfassungsgericht auf die Seite des Generals und beschloss, dessen Kandidatur zuzulassen. Das Verfassungsgericht (CC) fällte diesen Entscheid, nachdem sowohl das Wahlgericht (TSE) wie der Oberste Gerichtshof (CSJ) das Anliegen des FRG-Kandidaten abgelehnt hatten, und dieser bei der nächsthöheren Instanz Berufung einlegte. Zu Gunsten von Ríos Montt entschieden die beiden amtierenden Richter Cipriano Soto und Guillermo Ruiz Wong sowie die durch ein umstrittenes Verfahren ausgewählten beisitzenden Richter Francisco Paloma Tejada und Manuel de Jesús Flores Hernández (siehe ¡Fijáte! 289). Das Zünglein an der Waage war der Richter Cipriano Soto, Vertreter der Universität San Carlos, während Kommissionspräsident Ruiz Wong und Paloma Tejada bekanntermassen Parteigänger der FRG sind und Flores Hernández, gegen den ein Gerichtsverfahren läuft, wohl seine Haut retten wollte. Mutig und überzeugt gegen eine Beteiligung des Generals an den Wahlen sprachen sich die amtierenden Verfassungsrichter Juan Francisco Flores Juárez, Rodolfo Rohmoser Valdeavellano und der beisitzende Richter Carlos Enrique Reynoso Gil aus. Die drei argumentierten wie die gerichtlichen Instanzen vor ihnen, dass der Verfassungsartikel 186 verbiete, dass jemand, der durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen ist, wie das bei Ríos Montt 1982 der Fall war, als Präsidentschaftskandidat antreten dürfe. Demgegenüber stand das Argument der vier befürwortenden Richter, dass mit einem Verbot der Kandidatur von Ríos Montt dessen Menschenrecht „zu wählen und gewählt zu werden“ verletzt würde und ausserdem der entsprechende Verfassungsartikel im Jahr 1985 verabschiedet worden und nicht rückwirkend sei, Argument, das schon von der FRG zur Rechtfertigung ihres Ansinnens vorgetragen worden war.

### Die Reaktionen

Der Entscheid des Verfassungsgerichts löste landesweit Empörung aus.

Als „institutionellen Schaden, der das Risiko in sich birgt, unsere junge Demokratie zu zerstören“ und als „technischen Staatsstreich“ kritisieren soziale Sektoren das Urteil und befürchten, dass damit eine der letzten staatlichen Institutionen das Vertrauen der Bevölkerung verloren habe. Roberto Molina vom Zentrum für die *Verteidigung der Verfassung* (CEDECON) und die ehemalige Präsidentin des Verfassungsgerichts, Conchita Mazariegos, sind sich einig, dass das Urteil ein schwerer Schlag für die Verfassung des Landes sei, während sich Nineth Montenegro auf das in der Verfassung garantierte „Recht zur Rebellion“ berief. Die StudentInnenvereinigung der Universität San Marcos zeigte sich beschämt darüber, dass ausgerechnet ihr Vertreter für den General gestimmt hat, war doch die Universität unter Ríos Montts Regierung selber Ziel von Menschenrechtsverletzungen. Die StudentInnen erklärten Cipriano Soto umgehend zur *persona non grata*. Auch internationale Organisationen und Institutionen wie die *Internationale Vereinigung für Menschenrechte*, der Sonderbeauftragte der UNO in Rechtsfragen, Param Cumaraswamy, sowie eine zur Zeit im Lande weilende Delegation des Europaparlaments, zeigten sich überrascht über den Entscheid und verurteilten ihn. Der US-Botschafter in Guatemala, John Hamilton, sagte, er sei „perplex“, und es sei schwierig, an die Urteilsfähigkeit der vier Richter zu glauben. Richard Boucher, Sprecher des US-amerikanischen Aussenministeriums erklärte, sein Land könne weder normale noch freundschaftliche Beziehungen zu einem Präsidenten wie Ríos Montt aufnehmen. Einzig die FRG lobte die Entscheidung und meinte, es sei nicht bloss ein Sieg für die Partei, sondern für Guatemala, das somit der Demokratie einen Schritt näher gekommen sei. Begleitend lancierte die FRG eine Medienkampagne unter dem Motto „Ja zum General“.

Bereits am Tag nach der Urteilsverkündung, fanden in der Hauptstadt erste Proteste statt. Über 300 Personen demonstrierten vor dem Gericht und hängten an dessen Pforten vier *piñatas* auf, die die vier Richter verkörpern sollten, die sich für Ríos Montt einsetzten. Die *piñatas* wurden später angezündet. Auf den Treppen des Gerichts deponierten die DemonstrantInnen ein Marmorkreuz mit der Inschrift „In Erinnerung an die Glaubwürdigkeit des Verfassungsgerichts“, daneben wurden Kerzen und Blumen aufgestellt als Zeichen der Trauer. Die bei der Aktion anwesende Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú rief die Leute dazu auf, Widerstand gegen die Entscheidung des Verfas-

sungsgerichts zu leisten. Von den Parteien forderte sie, die Legalität zu verteidigen und einen Wahlbetrug zu vermeiden.

Am Sonntag, 20. Juni, schlossen sich Tausende von Personen zu einer weiteren Demonstration zusammen. Damit folgten sie einem Aufruf des Präsidentschaftskandidaten der *Grossen Nationalen Allianz* (GAN), Oscar Berger. „Wegen Völkermord und Diebstahl: Im Pavón (Gefängnis) müsst ihr ihn einschreiben“ lautete eine der Parolen. Selten seien so viele verschiedenen Sektoren zu einem gemeinsamen Protest zusammengelassen, hiess es seitens der OrganisatorInnen der GANA, und VertreterInnen anderer Parteien versicherten, man müsse im Moment die parteipolitischen Interessen zurückstecken und gemeinsame Sache gegen Ríos Montt machen.

### Wie weiter?

Am selben Sonntag tagte der Oberste Gerichtshof (CSJ) und beschloss, dem Einspruch der Parteien *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) und *Revolutionäre Bewegung* (MR) gegen das Oberste Wahlgericht (TSE) provisorisch stattzugeben. Aufgabe des TSE ist es, die Einschreibung des Generals als Präsidentschaftskandidaten vorzunehmen. Mit ihrer Entscheidung suspendierten sie ein weiteres Mal den Eintrag Ríos Montt's ins Wahlregister auf unbestimmte Zeit. Gleichzeitig zogen sich alle RichterInnen des Obersten Gerichtshofs von der weiteren Untersuchung des Falles zurück, mit der Begründung, sie hätten ihr (negatives) Urteil bereits am 4. Juli abgegeben und würden ihre Meinung nicht mehr ändern. Als StellvertreterInnen ernannten sie 13 Vorsitzende von Appellationsgerichten aus dem ganzen Land, die umgehend das Urteil bestätigten. Die FRG legte beim Verfassungsgericht zwei Beschwerden ein, bei denen es darum geht, dass das erneute Eingreifen des Obersten Gerichtshof gegen das Gesetz sei, weil das Verfassungsgericht darüber stehe und dessen Entscheide nicht umgestürzt werden dürften. Es scheint, dass der Fall Ríos Montt immer mehr zu einem rechtlichen Labyrinth verkommt, dessen Ausgang zu finden, noch eine Weile dauern kann.

Erzürnt über die Abfuhr des CSJ erklärte Ríos Montt am Montag, 21. Juli, gegenüber der Presse: „Wir sind an einem Punkt, an dem einige Aktionen von SympathisantInnen oder anderer, die den Wahlprozess stören wollen, der Kontrolle des FRG-Exekutiv-Komitees entgleiten können“, und gab somit den Ring frei für jegliche Art von „Rechtsverteidigung“, für die die FRG keine Verant-

wortung übernehmen will.

### Hauptstadt unter Kontrolle von FRG-AnhängerInnen

Für folgende Informationen übernimmt die Fijáte-Redaktion keine Garantie, bis zum Moment des Redaktionsschlusses (25. Juli) waren die Informationen über das Vorgefallene noch sehr unklar und z.T. widersprüchlich, obwohl sie alle aus verlässlichen Quellen stammen:

Am Donnerstagmorgen, 24. Juli, fuhr aus verschiedenen Landesteilen Dutzende von Autobussen mit Personen (von rund 3000 ist die Rede) in die Hauptstadt, um für die Kandidatur von Ríos Montt zu demonstrieren. Die Leute waren bewaffnet mit Macheten, Stöcken und Schusswaffen und wurden von mit Funkgeräten ausgerüsteten Männern angeführt. Erste Ziele waren der Oberste Gerichtshof, das Verfassungsgericht, das Wahlgericht und das *Centro Empresarial*, ein Bürogebäude in der Zone 10, das der Hauptsitz der Unternehmensfamilie Gutiérrez (*Pollo Campeño*) ist. Unter anderem befinden sich in dem Gebäude auch die Büros der Tageszeitung *El Periódico* und des regierungskritischen Fernsehprogramms *Libre Encuentro*. Ein Journalist von *El Periódico* wurde angegriffen, seine Presseausrüstung zerstört und er wurde mit Benzin übergossen, in der Absicht, ihn zu lynchen.

Der Journalist Héctor Ramírez, der für die Radiostation *Sonora* und für die unabhängige Fernsehanstalt *Notisiete* arbeitete, starb unter noch ungeklärten Umständen. Während einige Quellen davon ausgehen, dass er, nachdem er vor einer erzürnten Menschenmenge fliehen musste, einen Herzinfarkt erlitt, heisst es in anderen Berichten, er sei erschossen worden. Weitere Journalisten, die über die Ereignisse berichten wollten, wurden angegriffen und z.T. verletzt.

Bis zum Mittag wurden in der Zone 10 diverse öffentliche Gebäude und Schulen evakuiert (z.T. nachdem Bombendrohungen eingegangen sind). Auch einige Botschaften hätten Sicherheitsmassnahmen ergriffen. Die in dem Stadtteil angesiedelten Menschenrechtsorganisationen hätten ihre Arbeit eingestellt und eine Krisensitzung einberufen. In einem Kommuniké der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) wird die Bevölkerung der Hauptstadt aufgefordert, die Häuser nicht zu verlassen und sich von nichts provozieren zu lassen.

Die Reaktion der Regierung auf diese Proteste war gleich null, die Polizei habe den Befehl gehabt, nicht einzugreifen, heisst es in verschiedenen Meldungen. Obwohl die ganze Zeit Helikopter über der Stadt gekreist seien, habe die Regierung erst um 15 Uhr den Einsatz der kombinierten Truppen (Militär und Polizei) angekündigt, die dann gegen 17 Uhr ausgerückt seien. Um 20 Uhr hatten

diese die Situation immer noch nicht unter Kontrolle und vor dem Obersten Gerichtshof haben sich die „Demonstrierenden“ für die Nacht bereit gemacht, Plastikplanen wurden gespannt und Essen verteilt.

Obwohl die FRG jede Verantwortung für das Geschehen von sich wies, wurden in der Menschenmenge die FRG-Abgeordneten Baudilio Hichos und Juan Santacruz sowie Kongressangestellte gesehen, die der Menge Befehle erteilten.

Nachdem sich die Meldung über die Situation in der Hauptstadt im Land verbreitet hatte, fanden in einigen Städten, u.a. Quetzaltenango und Huehuetenango, spontane Demonstrationen gegen Ríos Montt und seine Anhängerschaft, für transparente Wahlen und die Einhaltung der Verfassung statt. Bei den lokalen ReporterInnen der Nachrichtenagentur CERIGUA gingen Meldungen ein, KandidatInnen der FRG hätten die Leute in den Dörfern mit Drohungen oder dem Versprechen auf Entwicklungsprojekte zur Teilnahme an den Protesten in der Hauptstadt gezwungen.

**Versuch einer Analyse** (frei nach Erwin Pérez und Enrique Alvarez, *Incidencia Democrática*)

Noch drei Monate dauert es bis zu den Wahlen, noch ein halbes Jahr bis zur Einsetzung des neuen Präsidenten. Eine Prognose zu stellen, wer die Präsidentschaft gewinnen wird, und welche Art Regierung die nächsten vier Jahre das Zepter in Guatemala übernehmen wird, ist schwierig. Klar ist (umso mehr nach dem jüngsten Urteil des Verfassungsgerichts und nach dem tatenlosen Zuschauen der Sicherheitskräfte bei den Unruhen in der Hauptstadt), dass die Institutionen, die eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Friedensabkommen und als Garanten der Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit spielen müssten, weiterhin unter dem Einfluss der *parallelen Kräfte* und *klandestinen Strukturen* stehen werden. Sich diese Einflussnahme zu garantieren bzw. ihren eigenen, lukrativen Abgang zu planen, ist in nächster Zeit wohl die Hauptbeschäftigung verschiedener Akteure der FRG. Insofern kann man davon ausgehen, dass die öffentlichen FunktionärInnen und Kongressabgeordneten einen grossen Teil ihrer restlichen Amtszeit mit Wahlpropaganda verbringen werden bzw. damit, sich abzusichern für den Fall einer möglichen Niederlage der FRG.

Strategisch wichtig ist dabei, sich mit den USA gut zu stellen. Entsprechend scheut Aussenminister Edgar Gutiérrez keine Mühe, die Bedingungen der Vereinigten Staaten bezüglich der Drogenbekämpfung zu erfüllen und erlaubt unter anderem das Patrouillieren von US-Truppen im guatemalteckischen Meeresraum. Ziel der offensichtlich restriktiveren Drogenpolitik ist die Re-Zer-

tifizierung durch die USA, die – bei Erfüllung der entsprechenden Bedingungen – für September versprochen wurde und ein letzter Trumpf im FRG-Wahlkampf sein könnte. Auch das jüngste – inzwischen schon wieder flexibilisierte – „beispielhafte Vorpreschen“ Guatemalas in den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TLC ist unter diesem Aspekt zu verstehen.

Eine weitere – persönliche – Sorge diverser FRG-Leute ist, das System der Straffreiheit so weit zu etablieren und verwurzeln, dass sie auch unter einer neuen Regierung nicht befürchten müssen, für die Vergehen während ihrer Amtszeit zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dazu gehören: Veruntreuung von Geldern, Steuerhinterziehung, Geldwäscherei, Drogenhandel, etc.

Auch Ríos Montt hat diesbezüglich ein Eigeninteresse: Wird er nicht zu den Wahlen zugelassen bzw. gewinnt er sie nicht, verliert er automatisch die Immunität, die er während der letzten acht Jahre als Kongresspräsident genossen hat. Dies würde bedeuten, dass man ihn vor nationalen oder internationalen Gerichten wegen Menschenrechtsverletzungen und Genozid zur Verantwortung ziehen könnte. Vorsorglich stellen sich die FRG-Abgeordneten systematisch dagegen und behindern, dass der Strafkodez des Internationalen Gerichtshofes um letztgenannte Verbrechen erweitert wird, wie es in dessen Statuten vorgesehen ist.

Wird Ríos Montt zu den Wahlen zugelassen, wird es um „alles oder nichts“ gehen, und man braucht nicht allzu viel Phantasie, um sich auszumalen, dass er alle legalen und illegalen Register ziehen wird, um seinen Triumph zu garantieren. Mit den Protesten in der Hauptstadt hat er eine erste Kostprobe seiner Macht und Mobilisierungsfähigkeit gegeben. Bereits jetzt ist das Thema Wahlbetrug in aller Munde. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die über 200'000 aus der Nationaldruckerei „verschwundenen“ Identitätskarten, die zu besitzen eine Voraussetzung ist, um seine Stimme abzugeben. Oder daran, dass sich die Armeeführung weigert, einer Liste aller Militärangehörigen an das Wahlgericht abzugeben, damit diese aus dem Wahlregister gestrichen werden, denn Militärangehörige dürfen nicht an den Wahlen teilnehmen. Gefährlich ist auch die Einstellung verschiedener Präsidentschaftskandidaten, man solle Ríos Montt nur kandidieren lassen, das Volk lasse ihn dann schon abblitzen... Viel eher sei den Oppositionsparteien geraten, sich nicht nur zu gemeinsamen Demonstrationen zusammen zu finden, sondern auch eine mittel- und langfristige Strategie zu entwickeln, um Ríos Montts Kandidatur zu verhindern und das Bewusstsein der Bevölkerung – auf die es schliesslich ankommen wird – zu schärfen.